

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Der Zeitungsbesitzer und in allen Nothen ein Stellvertreter

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (rei. Post 2 RM, halbm. 1 RM.) durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-L. / Reichshausstr. 10 / Expedition: Arbeiterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 1729 / Postfach Dresden Nr. 18699, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-L. Arbeiterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17299 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag) / Anzeigenpreis: Die erstmalig gedruckte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textzeile 1,50 RM. Anzeigen-Entnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L. Arbeiterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Fahranaa Freitag, den 9. Dezember 1927 Nummer 286

## Annexion Litauens durch Polen

Neue sowjetfeindliche Pläne im Baltikum — Kriegsrüstungen in Polen und Litauen

### Verfälschter Kriegskurs in Genf

Genf, 9. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Genf, 9. Dez. (Eig. Drahtbericht.)  
Gestern fand eine außerordentliche geheime Sitzung des Völkerbundes statt, die im wesentlichen über die Regelung des polnisch-litauischen Konfliktes beratschlagte und in der als einziges Nichtmitglied Ministerpräsident Wolde-maras teilnahm. Für den heutigen Freitag wird Pilsudski mit Verhandlungsplänen in Genf erwartet. Es wird angekündigt, daß er einen Vorschlag bringen werde, der die Vereinigung Polens und Litauens vorseht. Die Anspielung auf diesen Pilsudskiplan bedeutet die Vorbereitung der öffentlichen Meinung auf die Verwirklichung des polnisch-litauischen Föderationsstaates unter polnischer Oberherrschaft. Durch heuchlerische Friedensphrasen verleidet der Völkerbund die Annexion Litauens durch Polen und somit die Verbreiterung der Basis der polnischen großagrarischen Konterrevolution und die sowjetfeindlichen Pläne im Baltikum. Strejemann scheint nicht abgeneigt zu sein, einem solchen Vorgehen zuzustimmen, wenn Deutschland dafür Gegenleistungen erhält. So tauschen im Zusammenhang mit dem polnisch-litauischen Konflikt alte Pläne auf, daß Polen durch enge Verbindung mit Litauen den Ausgang zum Meer erhalte und dafür den Danziger Korridor an Deutschland abstrafe. Nicht nur Polen würde unter einer solchen Basis stärker, sondern auch Deutschland würde fester in die sowjetfeindliche Front eingegliedert. Die Verwirklichung dieses Planes würde eine Veranschärfung des Kriegskurses gegen die Sowjetunion bedeuten.

Sofort Pilsudski von einer sofortigen kriegerischen Aktion gegen Litauen Abstand genommen hat und Litauen und Wolde-maras sich auf friedliche Verhandlungen im Konflikt geeinigt haben sollten, so ist das auf das energische Eintreten der Sowjetunion für Frieden und auf die Warnungsnote in Warschau und Kowno und die im selben Sinne erfolgten Weisungen Litwinows mit Wolde-maras in Genf, keineswegs aber auf irgendwelche „Schlichtungskünste“ des Völkerbundes zurückzuführen.

Die Welt am Abend veröffentlicht einen Bericht ihres Sonderberichterstatters aus Königsberg über die Mobilisierungspläne in Polen und Litauen. Der Berichterstatter stellt fest: Es wird bestimmt auf beiden Seiten mobilisiert. In Warschau konnte ich unschwer feststellen, daß Polen Sonderformationen für einen Vorstoß gegen Litauen bereithält. Es sind Kompagnien und größere Abteilungen von angeblichen „Freiwilligen“, die in das Wilna-Gebiet abtransportiert werden, die aber auch bei allen polnischen Truppenteilen nahe der litauischen Grenze zusammengezogen werden.

In Warschau wartet man zunächst auf Genf. Kommt dort aber keine Einigung zustande, dann wird es bestimmt zu Grenzzwischenfällen kommen, so daß man die Möglichkeit hat, die litauischen Truppen anzufragen. Im polnischen Kriegsministerium wird marxistisch-jedem gesagt, daß man einen militärischen Spaziergang nach Kowno ausführen und vor den Toren Kownos der polnischen Partei in Litauen Gelegenheit geben werde, eine polenfreundliche Regierung aufzurichten. Diese werde als Programm für den unverzüglichen Anmarsch Litauens an Polen aufstellen, wobei das Hauptgewicht auf der Bezeichnung „autonome Provinz“ liegen werde.

Auch die litauische Mobilisation kann nicht gesehnet werden. Die große grüne Brücke über den Njemen wird militärisch bewacht. Die Truppen in Kowno laufen zum Teil in neuen Waffenröcken umher. Überall treiben sich Geheimpolitiker herum. Ein paar Augen voll Kowno besessen, daß hier Krieg, Putz und Aufruhr vor der Tür stehen. Die deutsche Regierung schätzt die Lage als recht gefährlich ein. In Ostpreußen sieht man, daß ganz offensichtlich Vorbereitungen zum Grenzschutz getroffen werden. Auch im Memelland gärt es. Man gewinnt den Eindruck, daß das Memelland wenigstens einen Versuch machen wird, im Falle eines polnischen Feldzuges gegen Kowno den Wiederanschluß an Deutschland zu finden.

### Saskischer Zuchthausterror

Kom, 9. Dezember (Eigene Drahtmeldung.)

Vor dem außerordentlichen Gericht zum Schutze des Staates in Madrid fand ein Prozeß gegen acht Arbeiter wegen Verbreitung kommunistischer Druckschriften statt. Zwei Angeklagte wurden zu 6, einer zu 5, zwei zu 4 und zwei zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nur ein Angeklagter wurde freigesprochen.

### Der Konflikt in der Schwerindustrie Kapitulationsvorbereitungen der SPD-Führer

Berlin, 9. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Der deutsche Handelsdienst teilt mit, daß nach Abbruch der Parteiverhandlungen im Konflikt der Schwerindustrie keine der beiden Parteien die Einstellung eines Schlichtungsverfahrens beantragte. Zur Wahrung der öffentlichen Interessen hat deshalb der Reichsarbeitsminister den Oberlandesgerichtsdirektor Dr. Tietzen beauftragt, Sonnabend, vormittag 10 Uhr, nach Essen Schlichtungsverhandlungen einzuleiten.

Die rheinisch-westfälische Industrie fährt indessen mit ihrer Stilllegungsoption fort, um einen Druck auf die morgigen Schlichtungsverhandlungen auszuüben. So haben die Direktion des Eschweiler Bergwerksvereins und die Hüttengesellschaft „Rote Erde“ in Veräuflichung der Beiläufe der westfälischen Schwerindustrie ebenfalls Stilllegungsanträge bei der Aachener Regierung gestellt. Aus Düsseldorf wird berichtet, daß einige für den Verkauf von Eisenerzeugnissen in Betracht kommende Verbände, wie Röhrenverband, Kohlen- und Drahtverband für nächsten Montag eine Sitzung anberaunt haben, in der sie über die gegenwärtige Lage beraten wollen. Es ist mit einem Beschluß der Einsetzung zu rechnen.

Wie bereits gestern gemeldet, wurden von der Bürgerblockregierung dem Schlichter für die Verelbarungen Richtlinien erteilt, die u. a. vorsehen, die Produktionsverhältnisse und finanziellen Rückwirkungen der stündigen Arbeitszeit in den einzelnen Betrieben genau zu überprüfen, um von Fall zu Fall Sonderregelungen vorzunehmen. In dieser Weise glaubt die Bürgerblockregierung, durch zahlreiche und einflöße Verhandlungen und Überprüfungen die Einführung des Achtstundentages endgültig zu verschleppen. Die SPD leistete diesem Betrugsmanöver bisher gute Dienste, indem sie von Entzignung der Traktatfähigkeit schwogte und die Arbeiterkraft auf die Schlichtungsverhandlungen verteilte. „da ja die Stilllegungsandrohungen sich in Wirklichkeit einzig gegen den Staat richten und dieser sich deshalb gegen die Schwerindustrie entscheiden müsse“.

Der heutige Morgen-Vormwärts legt dieses Betrugsmanöver systematisch fort und tritt, bevor überhaupt noch Schlichtungsverhandlungen tagen, den Rückzug von den bisher erhobenen Forderungen bezüglich der Einführung des Achtstundentages für alle Metallarbeiter in Rheinland-Westfalen an. Er legt sich nur noch für den Achtstundentag der Arbeiter in der Großindustrie ein. Zu diesem Zweck weist er in längeren Ausführungen die Bürgerblockregierung darauf hin,

daß entgegen den Behauptungen der Großindustrie-Kreise in ihrer Denkschrift, daß insgesamt 50 000 Arbeiter der Großindustrie von 159 940 im Ruhrgebiet für die Durchführung des Dreischichtensystems (Achtstundentag) in Frage kämen, es in Wirklichkeit nach den Ermitt-

lungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Deutschland nur 32 278 und im Ruhrgebiet 8740 Arbeiter seien.

Dieser freiwillige Rückzug vor der Schwerindustrie wird noch dadurch klarer, indem der Vormwärts schreibt: „Es kommt weiter hinzu, daß, wenn die achtstündige Arbeitszeit in den Stahl- und Walzwerken durchgeführt wird, die Durchführung des Achtstundentages für alle übrigen Arbeiter der Metallindustrie nicht mehr aufgehalten werden kann.“

In der gestrigen Abendausgabe bringt der Vormwärts Einzelheiten über die ergebnislos abgebrochenen Verhandlungen zwischen der Schwerindustrie und den Gewerkschaften. Er veröffentliche folgende Forderungen der Gewerkschaften:

Für die Arbeitszeiterhöhung, die im Sommer 1927 eintrat, und für die, die ab 1. Januar eintreten soll, wird ein Lohnausgleich von 12,2 bis 17,4 % gefordert. Außerdem mit Rücksicht auf die allgemeine Teuerung eine Lohnserhöhung von 10 %. Gegenwärtig betragen die Löhne der Facharbeiter 75 Pf. pro Stunde, die der volljährigen Hilfsarbeiter 55 Pf. Die Hütten-Darstellenden Gewerkschaften sind im allgemeinen mit der Forderung des Lohnausgleichs für die Arbeitszeiterhöhung einverstanden. Die christlichen Gewerkschaften fordern nicht die Allgemeine Einführung des Achtstundentages. Sie beschränken sich auf die Verordnung, die nur in den Stahl- und Walzwerken das Dreischichtensystem einführt, in der weiterverarbeitenden Industrie jedoch die 52-Stundenwoche bestehen läßt. Für die Facharbeiter fordern die christlichen Gewerkschaften nur einen geringeren Spitzenlohn von 90 Pf.

Über die Verhandlungen selbst berichtet der Vormwärts:

„Die Unternehmer stellten sich von vornherein auf einen grundsätzlich ablehnenden Standpunkt, sowohl in bezug auf die Arbeitszeit als für die Löhne. Es kam infolgedessen zu keiner grundsätzlichen Aussprache. Die Unternehmer lehnten sowohl die Forderungen der freien, wie die der christlichen Gewerkschaften ab. Die Ruhrindustriellen haben nicht nur den gemeinsamen Kompromiß gesammelt, in dem sie 5 Mark pro Kopf und Monat gezahlt haben, sondern darüber hinaus ungeheure Mittel bereitgestellt, um den Kampf gegen die Gesamtwirtschaft und gegen den Staat auszuheben zu können. Die Stilllegungsandrohung richtet sich in Wirklichkeit einzig gegen den Staat. Die Verhandlungen vor dem Schlichter sind wohl für Freitag anberaunt, doch werden sie voraussichtlich erst am Sonnabend beginnen. Es kann mit Sicherheit vorausgesetzt werden, daß es zu einer Einigung zwischen den Parteien nicht kommen wird, weil die Unternehmer jede ernsthafte Konzession ablehnen werden. Die Arbeiter haben sich von vornherein auf Kampf eingestellt und sich darauf lange vorbereitet. Daher wird der Schlichter gezwungen sein, von sich aus einen Schiedspruch zu fällen.“

Der Vormwärts muß zugeben, daß die Unternehmer unangenehm sind. Er wiederholt aber, daß sich der Kampf gegen den Staat richtet, und legt seine Hoffnungen auf den Schiedspruch.

### Verwirrungsmanöver der SPD-Presse

Die radikalen Phrasen der sächsischen „Linken“ SPD-Presse produzieren wieder einmal Spitzenleistungen. Mit einer schändlichen Lösung der dreispaltigen Titelzeile „Enteignung der Traktanten“ vollführt gestern die Dresdner Volkszeitung ein verbrecherisches Manöver zur Täuschung der Arbeiter. In der Tat: Ueberhehrlich und politischer Inhalt der Artikel der gestrigen Volkszeitung zum Konflikt in der Schwerindustrie ist das typische Geschrei der linken SPD. Radikale Worte zur Verhöhnung des Arbeiterbetrugs, Verwirrungsmanöver aller-geschäftlicher Art in einer Situation, wo für die gesamte deutsche Arbeiterkraft nach dem eigenen Geständnis der Volkszeitung Ungehorsam auf dem Spiele steht. Ist es nicht ein raffiniertes demagogisches Spiel, daß nur den Zweck haben kann, die Arbeiter zu täuschen und den Kampf abzuhalten, wenn nach einer schändlichen Lösung in dem Spigenartikel der gestrigen Volkszeitung von diesen linken Politikanten ihren Arbeiterlesern erzählt wird:

„In diesem ganzen Kampfe steht die Staatsautorität gegen die Unternehmer.“

Ist das nicht die klar erkennbare Absicht, die Arbeiter in der Täuschung einzuliegen, als würde der Staat die Unternehmer zwingen, von ihren brutalen Maßnahmen Abstand zu nehmen, sie zwingen, den Arbeitern den Achtstundentag zu geben? Wer ist aber nun der Staat, der nach der Dresdner Volkszeitung mit seiner ganzen Autorität „gegen die Unternehmer steht“? Die Frage beantwortet, heißt den Schwindel der Volkszeitung entlarven. Jeder Arbeiter, begreift heute, daß der Staat rechtlos

sch in den Händen der Kapitalisten befindet, daß er kein von den Kämpfen der Parteien und vom unüberbrückbaren Zwiespaß der sozialen Klassen unabhängiges Gebilde ist, daß er sich heute mehr denn je entpuppt und offen zu erkennen gibt als der ausführende Ausschuh der herrschenden Klassen, der politische Ausdruck ihrer ökonomischen Interessen, ein Mittel der Abwehr gegen die Forderungen der Arbeiter, ein Werkzeug zur Bereicherung und Erhaltung der Macht der herrschenden Klasse. Daran würde auch nicht das geringste geändert, wenn die Bürgerblockregierung durch die von der SPD ersehnte Große oder Kleine Koalitionsregierung ersetzt würde. Gerade aber deshalb, weil die Bürgerblockregierung das willige Organ des Schwerkapitals ist, um so verbrecherischer ist es, wenn die linken sozialdemokratischen Politikanten den Arbeitern einzureden versuchen, daß die Staatsautorität gegen die Unternehmer stehe.

Die Arbeiter erfahren täglich, wie der Staatsapparat mit Polizeigewalt, mit Klassenurteilen und Schiedsprüchen seine Autorität der Arbeiterschaft gegenüber demonstriert als den Terror der kapitalistischen Herrschaft. Die Bürgerblockregierung wird auch jetzt wieder auf der Seite der Kapitalisten stehen und dem Angriff der Schanzmacher der Schwerindustrie auf die Interessen der Arbeiter keinen Widerstand entgegenzusetzen. Wollen die Arbeiter ihre Interessen wirksam vertreten, dann dürfen sie sich nicht betrügen lassen von den Verwirrungsmanövern, die ihnen einzureden versuchen, daß der Staat gegen die Unternehmer kämpfen werde. Diese Lügenkonstruktion schlägt allen Tatsachen ins Gesicht. Der Kampf der Arbeiter gegen die Unter-